De Maiziere: Mit Staats-Kirchen-Verhältnis „fahren wir gut“

6. Februar 2017

Leipzig (KNA) Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU) hat die Bedeutung der Kirchen für das Gemeinwesen hervorgehoben. „Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist in einem Land mit Kirchen stärker als in einem Land ohne“, sagte der Minister am Freitag in Leipzig bei einem Bürgerdialog zur Bedeutung der Religionen in der Gesellschaft. Rund 150 Gäste nahmen daran teil. Mit dem bestehenden deutschen Staats-Kirchen-Verhältnis „fahren wir gut“, sagte der Minister. Zugleich betonte de Maiziere, dass das Bekenntnis zur Verfassung unerlässlich sei. „In der Diskussion mit Islamverbänden muss man natürlich die Frage stellen: Was ist euer Verhältnis zum Grundgesetz?“, so der Minister. Mit Blick auf immer neu aufkeimende Debatten um den Bau von Moscheen sagte er: „Der Staat muss mit religiösen Wünschen umgehen, und dafür muss es klare Regeln geben.“ Die Paderborner Islamwissenschaftlerin Hamideh Mohagheghi warnte davor, die Moscheen unter Generalverdacht zu stellen. „Extreme islamische Ideologie geht stärker vom Internet aus und weniger von den Moscheen.“ Natürlich müsse der Staat mit rechtsstaatlichen Mitteln konsequent gegen Extremismus in Moscheen vorgehen. Zugleich mahnte sie ein respektvolles Miteinander an: „Wir müssen uns bewusst machen, dass es keine homogenen Gesellschaften gibt, und wir sollten Vielfalt als Chance verstehen.“ Dem schloss sich der Präsident des Humanistischen Verbandes, Frieder Otto Wolf, an: „Der zentrale Punkt für ein friedliches Miteinander ist, wechselseitig zu respektieren, woran man glaubt, und auf einem gemeinsamen Wertefundament zu stehen.“ Die öffentliche Präsenz von Religionen und Weltanschauungen und deren Engagement sei unerlässlich in der Gesellschaft. In Richtung der Religionsvertreter sagte er, man dürfe andere nicht ausgrenzen. „Wenn Religion in Dogmatismus, überspitzte Missionierung oder gar Terrorismus umschlägt, dann lehne ich das entschieden ab.“ Die Berliner Rabbinerin Gesa Ederberg erklärte: „Es ist wunderbar, dass in Deutschland Religionen eine Stimme und einen Platz im öffentlichen Raum haben – damit sind wir auch aus den Hinterhöfen herausgeholt.“ Im Vergleich zu den USA gebe es hierzulande viel weniger religiösen Fundamentalismus. Als wichtigen Punkt nannte sie etwa die Ausbildung von Geistlichen aller Religionsgemeinschaften an öffentlichen Universitäten. Die katholische Theologin Dagmar Mensink hob hervor, dass die Debatte über Religionsunterricht an Schulen und dessen Inhalte sehr wichtig sei. „Dabei geht es nicht darum, dass sie einer gegenüber den anderen durchsetzt. Sondern wir müssen um die Sache streiten und schauen, was das Beste für die Menschen ist.“ Sie stellte fest: „Wir vermessen in Hinblick auf Religion unsere plurale Gesellschaft neu.“ Der Bürgerdialog gehört zu einer dreiteiligen Reihe des Bundesinnenministeriums zum Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Der Auftakt war im Oktober in Köln zum Thema Integration. Den Abschluss macht im April in München ein Austausch zum Thema Leitkultur.

(KNA – rkmkn-89-00036)

Stand: 27. November 2026